



Botschafter von Ungarn

An Frau Dr. Daniela Schwarzer
Direktorin
DGAP

CC:

An Herrn Dr. Thomas Enders
Präsident
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

Berlin, den 3. April 2020

Sehr geehrte Frau Direktorin,

in der jüngsten Ausgabe der Süddeutschen Zeitung ist ein Interview mit Ihnen erschienen, in dem Sie sich mit höchst unsachlichen und sehr verletzenden Inhalten zu Ungarn äußern. Bei der Süddeutschen Zeitung sind Stil und Methode in dieser Form gängiger Alltag, das habe ich während meines fast fünfjährigen Mandats zur Genüge erlebt. Dies alleine würde keine Reaktion erfordern, sehen wir doch auch heute, dass einige Verfechter der Meinungsfreiheit diese so interpretieren und anwenden, dass sie für die eigene Meinung gilt, für die Meinung des anderen nicht. Für sie ist die Ansicht eines anderen nichts anderes als der Bewohner einer wohlgehüteten Quarantäne, und Coronavirus hin oder her, zu Fakten wird das Kontaktverbot brav eingehalten.

Weshalb ich mich in dieser Form an Sie wende, hat zwei Gründe. Der eine liegt im Status der von Ihnen geleiteten Institution, der andere in dem Umstand, dass zu Ihrem Stab Mitarbeiter gehören, die der ungarischen Sprache mächtig sind. Die DGAP wäre also eigentlich nicht nur von ihrem Grundauftrag, sondern auch von ihren Fähigkeiten her berufen, fundiert Stellung in Kenntnis der Tatsachen zu beziehen.

Würden Sie die Ihnen zur Verfügung stehenden Sprachkenntnisse nutzen, würden Sie die ungarischen gesetzlichen Regelungen lesen, würden Sie die jedem frei zur Verfügung stehende Webseite des ungarischen Parlaments besuchen, würden Sie möglicherweise nicht etwas so Absurdes behaupten, dass die Ermächtigung zeitlich uneingeschränkt ist, die Regierung ohne Parlament regiert, und dass Ungarns Demokratie eines der ersten Opfer des Virus ist. Und ich betone, auch wenn Ihre Äußerungen auch emotional nicht ohne sind, meine Empörung beruht ganz klar auf den Fakten.



Botschafter von Ungarn

Der andere Grund, weshalb ich mich an Sie wende, ist ein systembezogenes Problem. Auf der Homepage der DGAP schreiben Sie, ihr Ziel ist die Unterstützung einer nachhaltigen deutschen und europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, die auf Demokratie, Frieden und Rechtsstaatlichkeit ausgerichtet ist. Expertinnen und Experten der DGAP beraten Verantwortliche in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Bei Betrachtung dieser zitierten Homepage der DGAP erscheint als erstes ein unsachliches *Ungarn bashing*, gefolgt von einem *Polen bashing*. Nun bin ich nicht berufen zu entscheiden, ob sich das mit der Schlagzeile Ihres heutigen Interviews „*Wir müssen die besseren Partner sein*“ vereinbaren lässt.

In den letzten Monaten habe ich die Erfahrung gemacht, dass eben jene Politik und eben jene Wirtschaft, die demnach auch von der DGAP „beraten“ werden, offen und bereit war, die ungarisch-deutsche Zusammenarbeit beispielhaft auf der Grundlage der gemeinsamen Verantwortung für Europa auszubauen und zu vertiefen. Unsere wirtschaftliche Zusammenarbeit in einem Volumen von mehr als 55 Mrd. Euro ist mit dem Start der Innovationsplattform in eine qualitativ neue Phase getreten. Über die gemeinsamen Auslandseinsätze hinaus, in denen Hunderte unserer Soldaten Schulter an Schulter mit der Bundeswehr die Sicherheit Europas in zahlreichen Krisenregionen der Welt verteidigen, haben unsere Länder ein neues Kapitel in ihrer Zusammenarbeit in der Verteidigungs- und Rüstungspolitik eröffnet: Die ungarischen Streitkräfte werden zu einem wesentlichen Teil auf der Grundlage der Erfahrung unserer deutschen Verbündeten und deutscher Produktionskapazitäten auf Weltniveau modernisiert. Nach vielen schmerzhaften Diskussionen haben wir auch in Fragen der Migration einen Beinahekonsens erreicht: Neben der Priorität, die der Verteidigung der EU-Außengrenzen zukommt, arbeiten wir in der humanitären Hilfe für Zehntausende bis Hunderttausende in oder in der Nähe von Krisengebieten immer enger zusammen. Das sind alles wichtige Beiträge zur Stärkung der Souveränität der EU. Aus der Corona-Krise sind auch weitere Konsequenzen zu ziehen, damit diese Souveränität in jeder Dimension Realität wird. Deutschland, die deutsche Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft können auch auf diesem Gebiet auf uns zählen. Weil wir verlässliche Partner sind.

Sehr geehrte Frau Direktorin,

glauben Sie mir: als Botschafter des NATO- und EU-Mitglieds Ungarn in Berlin ist es für mich nicht leicht, die mittlerweile systematischen Anschuldigungen zu lesen und zu hören. Während der ehemalige EU-Parlamentspräsident heute früh die absurde Aussage formuliert, der ungarische Ministerpräsident versuche, im Schatten (welcher



Botschafter von Ungarn

Schatten?) der Corona-Krise seine Diktatur auszubauen, erschienen in den letzten Tagen Hunderte Interviews, Kommentare und Nachrichten über mein Land. In einer Zeit, in der sich das Leben von Hunderten Millionen dramatisch geändert hat und um das Leben von Zehntausenden gekämpft wird, stehen Nachrichten über Ungarn oft an erster Stelle der Berichterstattung oder zumindest unter den Top-3-Meldungen. Bislang zeigten sich fünf (fünf!) deutsche Medien bereit, den ungarischen Standpunkt darzustellen. So viel zur Meinungsfreiheit. Dieser Kampagne schließen sich neben der Presse auch nicht wenige Politiker an. Einige von ihnen in einem absolut inakzeptablen Ton, ein „schönes“ Beispiel hierfür ist, wenn ungarische Parlamentsabgeordnete als „dümmste Kälber“ bezeichnet werden, die „ihren Schlachter selbst wählen“. Der Gebrauch des Wortes „Diktatur“, ist mittlerweile fast schon Routine. Nicht selten werden Tatsachen in unfassbarer Weise verzerrt: So wurde behauptet, der ungarische Ministerpräsident hätte über einen „italienischen Virus“ gesprochen. Charakteristisch für den Mehrheitsdiskurs ist dabei zweierlei: Ignoranz gegenüber den Tatsachen und die Quarantänisierung der kritisierten und angegriffenen Position.

Auch Ihnen kann ich versichern, ich stehe jederzeit zur Verfügung, wenn jemand Fragen zu oder Zweifel an den ungarischen Maßnahmen hat. Gestern wurde eine Erklärung von 13 Mitgliedstaaten veröffentlicht. Ich dachte, das wäre die Lösung. Die Kommission analysiert, koordiniert und bewertet die Maßnahmen aller(!) Mitgliedstaaten und auf dieser Grundlage debattiert der Rat schnellstmöglich, nachdem wir den Virus besiegt haben. Man könnte das den europäischen Stil, die europäische Methode nennen, nicht von ungefähr hat Ungarns zuständiger Minister erklärt, „wären wir eingeladen worden“, hätten wir die Erklärung ebenfalls unterzeichnet. Und dann lese ich heute Morgen in einer führenden deutschen Tageszeitung, dass der deutsche Politiker, der als einer der Motoren der Initiative gilt, noch vor Beginn der Debatte das Urteil verkündet hat.

Wenn die DGAP vorhat, die „Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft“ anhand der Tatsachen zu beraten, kann ich Ihnen versichern, dass ich Ihnen und Ihren Experten zur Verfügung stehe. Ich bin jederzeit und überall bereit, mit jedem die Lage zu diskutieren und auch darüber, wie unsere Gemeinschaft „der bessere Partner“ im Krisenmanagement und mehr noch, zum Gewinner in der neuen Welt nach dem Sieg über den unsichtbaren Feind werden kann. Ich bin bereit, mit Ihnen zusammenzuarbeiten beim Voranbringen des Gedankens einer nachhaltigen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Ich denke, die Verbreitung des „politischen Virus“ aufzuhalten liegt in unserem gemeinsamen Interesse.



Botschafter von Ungarn

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Péter Györkös